



**Fraktion der Progressiven Allianz der  
Sozialisten &  
Demokraten  
im Europäischen Parlament**

**Europäisches Parlament**  
Rue Wiertz 60  
B-1047 Bruxelles  
Tel. +32 2 284 2111  
Fax +32 2 230 666  
[www.socialistsanddemocrats.eu](http://www.socialistsanddemocrats.eu)

## EUROPA – EIN AUFRUF ZUR VERÄNDERUNG

Wir müssen den europäischen Wählern zuhören

Die S&D-Fraktion hat eine zentrale Forderung an jeden Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission: Die neue Kommission, die er leitet, muss sich für eine Politik einsetzen, die das tägliche Leben derjenigen Menschen verbessert, die unter der Rezession und den Sparmaßnahmen am meisten leiden. Hierzu zählen vor allen die Arbeitslosen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben eine weitverbreitete Unzufriedenheit über die Art und Weise gezeigt, wie die EU von der scheidenden Führungsebene geleitet wird. Viele verschiedene Faktoren haben eine Rolle gespielt und waren von Land zu Land unterschiedlich, aber die Überzeugung, dass sich etwas verändern muss, zieht sich wie ein roter Faden durch ganz Europa.

**Die Mitglieder der S&D-Fraktion haben in der Wahlkampagne mit einem Programm des weitreichenden Wandels geworben**, und wir werden im neuen Parlament die treibende Kraft für Veränderungen sein – mit mehr MdEP, die weitaus mehr Wähler vertreten, als die verschiedenen antieuropäischen und populistischen Parteien in ihrer Gesamtheit.

Wir möchten sicherstellen, dass die Stimme unserer Wähler Gehör findet. Die Europäische Union muss ihre Richtung ändern. Sie muss im Interesse aller Bürger handeln – insbesondere im Interesse der Millionen von Menschen, die sich zurückgelassen fühlen. **Unsere Fraktion darf und wird nicht dulden, dass die Arbeit unverändert fortgesetzt wird.**

Um unsere Unterstützung zu erhalten, muss sich jeder Kandidat für das Amt des Präsidenten der Kommission unwiderruflich dazu verpflichten, Investitionen, nachhaltiges Wachstum sowie menschenwürdige und sichere Arbeitsplätze zu fördern, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, die Freizügigkeit zu wahren und gleichzeitig dem Sozialdumping ein Ende zu setzen, die Achtung der Grundrechte zu stärken, Maßnahmen zum territorialen Zusammenhalt zu verstärken, eine wirksame gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik einzuführen, und die EU selbst demokratischer und transparenter zu gestalten sowie die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Bürger zu erhöhen. Nachdem sie die gemeinsame Währung vor einer Katastrophe bewahrt hat, muss die Kommission die Aufgabe zu Ende führen, indem sie die weiteren Maßnahmen ergreift, die für eine Erfolgsgeschichte erforderlich sind. Wir erwarten von dem Kandidaten für das Amt des Präsidenten außerdem, dass er sich zur Auswahl einer Kommission mit einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Männern verpflichtet.

PV\1030546DE.doc

Mehr noch: Parlament, Kommission und Europäischer Rat müssen eine Einigung über die allgemeine politische Ausrichtung erzielen, damit die europäischen Bürger sicher sein können, dass der neue Präsident der Kommission diese versprochenen Veränderungen bewirken kann.

## Einige Bausteine für ein neues Europa

Das Programm der neuen Europäischen Kommission wird nicht das Programm einer einzigen Parteienfamilie sein. Dennoch legen wir hier dar, was unserer Ansicht nach die wichtigsten vorzunehmenden Veränderungen sind, sowohl auf politischer Ebene als auch bei den Arbeitsweisen. Wir sind der Auffassung, dass die Vornahme dieser Veränderungen weit über unseren Wählerkreis hinaus Unterstützung finden wird. Sie sollten Teil eines neuen Programms für die nächsten fünf Jahre sein, das belegt, dass die Europäische Union ihren Wählern tatsächlich zugehört hat.

### **Sicherung des Lebensstandards und Stärkung der Solidarität**

- Den alarmierenden Anstieg der Armut und Ungleichheit umzukehren, muss zu einem zentralen Ziel der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU werden – dies umfasst u. a. die Annahme einer Strategie zur Beseitigung der Kinderarmut, die durch verbindliche Ziele in der gesamten EU abgestützt werden muss. Dieses und weitere sozialpolitische Ziele, einschließlich einer Verringerung von unsicheren Arbeitsplätzen und des größtmöglichen Zugangs zur beruflichen Erstausbildung, sollten in das Koordinierungs- und Verhandlungsverfahren, das sogenannte Europäische Semester, aufgenommen werden.
- Der Rechtsrahmen für die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern muss verbessert werden, um die Freizügigkeit sicherzustellen und gleichzeitig die Löhne, Sozialstandards, die Tarifautonomie und die Autonomie der Sozialpartner in den Aufnahmeländern aufrechtzuerhalten. Zunächst muss die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern überarbeitet werden, um die Gleichstellung von Grenzgängern sicherzustellen, dem Sozialdumping ein Ende zu setzen und Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu wahren. Wir erwarten auch eine Verpflichtung, Vorschläge für ein europäisches System menschenwürdiger Mindestlöhne vorzulegen, bei dem die nationalen Gepflogenheiten und Systeme der Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsbeziehungen geachtet werden. Auch muss es die Unterstützung der nationalen Gewerkschaften haben. Um sicherzustellen, dass die sozialen Rechte nicht den wirtschaftlichen Freiheiten untergeordnet werden können, fordern wir einen Pakt für sozialen Fortschritt, der menschenwürdige Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte, angemessene Löhne für alle, Sozialschutz, sozialen Dialog und Koalitionsfreiheit garantiert.
- Intolerante, extremistische, fremdenfeindliche und homophobe Kräfte gefährden die Gründungsvision einer toleranten, integrativen und offenen Europäischen Union. Diese Vision muss durch Erlass der Antidiskriminierungsrichtlinie, die derzeit im Ministerrat blockiert wird, und die Annahme einer europäischen Roma-Strategie energischer verteidigt werden. Die Kommission sollte einen Anzeiger zur Überwachung der Grundrechte, der Demokratie, der Medienfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit in der EU einrichten und bei Verstößen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen. Auch sollte sie die Anstrengungen zur Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Identität intensivieren.

- Frauen sind von der lang anhaltenden Rezession in der EU am stärksten betroffen. Wir erwarten, dass die Kommission Vorschläge zur Beseitigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Beschäftigung und beim Arbeitsentgelt sowie zur Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen vorlegt.
- Die neue Kommission muss Vorschläge für eine umfassende europäische Migrations- und Asylpolitik vorlegen, einschließlich eines Systems der legalen Einwanderung, des vorübergehenden Schutzes und des Rechts auf Asyl. Dieses System muss auf den Schutz von Menschenleben und den Schutz der Würde aller Mitglieder der Gesellschaft ausgerichtet sein. Es sollte schwache Personengruppen, u. a. unbegleitete Minderjährige, schützen, die verfahrensrechtlichen Schutzvorschriften stärken, angemessene Kanäle für die legale Einwanderung sicherstellen und gegen den Menschenhandel vorgehen. Es sind ein integriertes Management der gemeinsamen Grenzen und der Mobilität erforderlich, um die Probleme an den gemeinsamen Grenzen der EU zu bewältigen, mit denen zum Beispiel die an das Mittelmeer angrenzenden Mitgliedstaaten konfrontiert sind. Durch die europäische Migrations- und Asylpolitik müssen auch verlässliche Mechanismen der Solidarität sowie Mechanismen eingerichtet werden, mit denen die europäischen Länder finanzielle und andere Verantwortlichkeiten gemeinsam wahrnehmen können, auch gemeinsam mit Ursprungs- und Transitländern. In dieser europäischen Migrations- und Asylpolitik muss eine größere Entschlossenheit zur Bewältigung der Probleme gezeigt werden, durch die die Menschen gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen. Des Weiteren muss sie wirksame Maßnahmen zur Förderung der Integration und Teilhabe umfassen, einschließlich von Verfahren zur Erlangung umfassender Bürgerrechte, damit der positive Beitrag der Migranten zur europäischen Wirtschaft noch weiter gesteigert werden kann.

### **Nachhaltige Entwicklung und Arbeitsplätze**

Die dringendste Aufgabe der EU ist es, das Wirtschaftswachstums in allen Mitgliedstaaten in einem Ausmaß zu stärken, durch das in den nächsten Jahren die Arbeitslosigkeit deutlich und stetig sinken wird, wobei das Hauptaugenmerk auf der Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und den älteren Arbeitslosen liegen muss. Dies muss die oberste Priorität der neuen Europäischen Kommission sein. Sie muss alle einschlägigen Maßnahmen und ihr zur Verfügung stehenden Instrumente an diesem Ziel ausrichten.

Hierzu erwarten wir von der neuen Kommission, dass sie den Prozess des Europäischen Semesters nutzt, um im Rahmen einer europäischen Allianz für Arbeitsplätze ihre eigenen Anstrengungen und die der Mitgliedstaaten zu mobilisieren und zu koordinieren.

- Die neue Kommission muss ein besseres Gleichgewicht zwischen Finanzdisziplin und Wachstum herstellen. Eine Änderung der Politik auf der Grundlage von drei Säulen ist erforderlich, um nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen:
  1. Unsere Fraktion hat die Art und Weise der Konzeption und Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die sich nachteilig auf staatliche Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze ausgewirkt hat, immer abgelehnt. Die neue Europäische Kommission muss gleich zu Beginn eine Strategie entwickeln, durch die der gravierende Mangel an staatlichen und privaten Investitionen aufgehoben wird, ohne dass dabei die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gefährdet wird. Bestehende Vorschriften müssen so umgesetzt werden, dass staatliche Investitionen angeregt und ein stärkeres

nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden. Länder mit einer erheblichen Lücke in der Gesamterzeugung sowie Länder, die wichtige Strukturreformen durchführen, sollten vorübergehend vom mittelfristigen Kurs des Defizitabbaus abweichen dürfen, damit in Bereichen wie Forschung, Bildung und wichtige Infrastrukturprojekte im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ wachstumsfördernde staatliche Investitionen ermöglicht werden können. Die Kommission sollte auch dafür sorgen, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Staatsverschuldung auf solide Niveaus senken, und zwar in einer Geschwindigkeit und einem Rhythmus, die mit den Zielen des nachhaltigen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbar sind.

2. Die Europäische Kommission sowie andere Stellen haben das Ausmaß der von der europäischen Wirtschaft benötigten privaten und öffentlichen Investitionen dokumentiert – die Schätzungen gehen bis 2020 von jährlich etwa 200 Milliarden EUR allein in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, Renovierung aus Energiespargründen, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Elektrizitätsversorgungsnetze aus. Die neue Europäische Kommission muss im Rahmen eines neuen dem Rat und dem Parlament bis Ende 2014 vorzulegenden Plans für nachhaltiges Wachstum und Investitionen zügig einen operativen Vorschlag vorlegen, wie dieser Investitionsbedarf durch koordinierte Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten gedeckt werden kann. Ein weitaus stärkerer Einsatz von Projektanleihen, bei denen mit einem Beitrag aus dem EU-Haushalt eine Hebelwirkung erzielt wird, oder eine weitere Aufstockung des eingezahlten Kapitals der EIB um etwa 10 Milliarden EUR sollten in Betracht gezogen werden – oder beides.
  3. Die neuen Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht müssen zur Förderung von dringend benötigten, auf sozialverträgliche Weise in den Mitgliedstaaten durchzuführenden Reformen eingesetzt werden, und mit diesen Verfahren muss sichergestellt werden, dass sowohl Überschuss- als auch Defizitländer einen ausgewogenen Beitrag zum Wachstum in Europa leisten.
- Die neue Kommission muss den Kampf gegen wachsende soziale und geographische Ungleichheiten zu einer ihrer obersten Prioritäten machen. Der neue Fortschrittsanzeiger mit beschäftigungsspezifischen und sozialen Schlüsselindikatoren muss zu einem zentralen Bestandteil des Europäischen Semesters werden, damit er sich uneingeschränkt in zukünftigen länderspezifischen politischen Empfehlungen widerspiegeln kann. Obwohl solche sozialen Kriterien nicht verbindlich sind, muss die Kommission mit engagierten Maßnahmen dazu beitragen, dass die wirtschaftspolitische Steuerung der EU und insbesondere die WWU eine solide soziale Dimension erhalten.
  - Die neue Kommission muss die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion fortsetzen. Obwohl bereits wichtige Fortschritte erzielt wurden, sind weitere Verbesserungen erforderlich: stärkere Instrumente für die Bankenunion, ein Schuldentilgungsfonds, ein System von Eurobonds und transparentere und unabhängigere EU-Eigenmittel.
  - Die Kommission muss Vorschläge zur Stärkung der europäischen Industrie vorlegen, u. a. für eine flexiblere Anwendung der Wettbewerbsregeln, um FuE sowie Innovationen zu fördern und gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen zu bewahren. Sie sollte zügig einen Aktionsplan für die Schaffung von Arbeitsplätzen – mit besonderem Augenmerk auf dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit mit dem Ziel, die Massenarbeitslosigkeit unter jungen Europäern zu beseitigen – und für einen ökologischen und digitalen Übergang in der europäischen Industrie

erarbeiten. Der Aktionsplan muss zielgerichtete Maßnahmen für die Neuindustrialisierung und für ein besseres Umfeld für KMU und für hochwertige Bildung und Ausbildung sowie Pläne für eine gemeinsame Energiepolitik mit integrierten Energiemärkten und -netzen umfassen, deren Grundlage ehrgeizige und verbindliche Ziele im Hinblick auf Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien, Verringerung von Emissionen und eine bessere Energieversorgungssicherheit gemäß den Forderungen des Europäischen Parlaments vom Februar 2014 sind. Zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Sicherstellung einer gerechten Besteuerung muss die Kommission ehrgeizige Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung sowie gegen die Nutzung von Steuerparadiesen ergreifen, damit ein großer Teil der 1 Billion EUR wieder beschafft werden kann, die den europäischen Staaten jährlich durch Steuerbetrug verloren gehen. Die Kommission sollte des Weiteren Grundsätze zur Sicherstellung gleicher Ausgangsbedingungen bei der Unternehmensbesteuerung und zur Vermeidung schädlichen Steuerwettbewerbs vorschlagen und die Einführung der FTS auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission aus dem Jahre 2013 vorantreiben.

- Die Kommission muss die Arbeit an ihrer Überprüfung des mittelfristigen Haushaltsrahmens schnellst möglich aufnehmen. Wir erwarten von jedem Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission, dass er eine umfangreiche Änderung des MFR bis spätestens Ende 2016 vorschlägt, um wirkliche Reformen durchzuführen und auf mehr Mittel zugreifen zu können, um den vorgeschlagenen Plan für nachhaltiges Wachstum und Investitionen umzusetzen, insbesondere durch Investitionen in Innovationen und Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Kommission muss sicherstellen, dass ab 2016 ausreichend Mittel für die uneingeschränkte Umsetzung der Europäischen Jugendgarantie und ihre Erweiterung auf alle unter 30-Jährigen vorhanden sind.
- Eine Priorität der Kommission muss weiterhin darin bestehen, das europäische Bankensystem so auszustatten, dass es der Realwirtschaft besser dienen kann, und sie muss mit der EIB, der EZB und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die europäischen Betriebe, insbesondere kleinere Unternehmen, neben den Privathaushalten und den öffentlichen Verwaltungen angemessenen Zugang zu Krediten für Investitionen haben. Die Kommission muss alternative Finanzierungsquellen erforschen, um die Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber den Finanzmärkten zu verbessern und den Teufelskreis zwischen Banken und Staatsschulden zu durchbrechen.
- Die Aufgabe der Schaffung eines widerstandsfähigen und nachhaltigen Bankensystems muss zu Ende gebracht werden. Als Reaktion auf die bereits umgesetzten Reformen gehen einige Betriebe zu dem weniger regulierten Schattenbankensektor über, der die Finanzstabilität und die Gesamtwirtschaft genauso gefährden kann, wie der stärker regulierte Sektor. Die EU muss angemessene Regelungen für sämtliche Aktivitäten und Akteure des Finanzsektors einführen und die Vorschläge für eine klarere Trennung zwischen dem Retail-Bankgeschäft und dem Investmentbanking sowie anderen Aktivitäten mit hohem Risiko weiterführen.

#### **Eine offenere und demokratischere EU, die stärker auf Außenstehende eingeht**

- Die Troika hat den Krisenländern drastische Sparmaßnahmen auferlegt, von denen die Schwächsten ungleich stärker betroffen waren, und muss deswegen zügig durch eine offene und verantwortungsbewusste wirtschaftspolitische Steuerung ersetzt werden.

- Wirtschafts- und sozialpolitische Beschlussfassungsprozesse der EU müssen vollständig in die EU-Rechtsvorschriften aufgenommen werden und der Gemeinschaftsmethode sowie der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen, wobei auch ein stärkeres Gewicht der nationalen Parlamente bei Fragen der Subsidiarität und eine wirksame Rolle der Sozialpartner während des gesamten Verfahrens erforderlich sind. Dies sollte vor allem für das Europäische Semester, die Durchführung und Überprüfung des Fiskalpakts und den Europäischen Stabilitätsmechanismus zutreffen.
- Damit die EU stärker auf Stimmen außerhalb von Brüssel eingeht und die Anliegen der Bürger besser berücksichtigt, muss die Kommission ihren Umgang mit Bürgerinitiativen überprüfen und verbessern. Die neue Kommission muss die Blockade der schon lange vorliegenden Vorschläge zur Einführung eindeutiger Rechte auf Zugang zu Dokumenten überwinden, damit die Funktionsweise der EU für die europäischen Bürger transparenter und offener wird.
- Auf Rechtsetzungsinitiativen des Europäischen Parlaments muss die neue Kommission umfassend und rasch reagieren.
- Handelsverhandlungen der EU müssen sehr viel offener und transparenter sein, vor allem im Fall der derzeitigen Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP). Die Globalisierung braucht Regeln, und durch Handelsabkommen können Regeln für die Globalisierung geschaffen werden. Die Sozialdemokraten stehen hierfür als Partner bereit, jedoch muss der Handel seinen Teil zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der Entwicklung im Ausland beitragen. Jedes Handelsabkommen muss auch unsere öffentlichen Dienste sichern und den Schutz der Umwelt, der hohen Standards im öffentlichen Gesundheitswesen, des Wohlstands und der Lebensmittelsicherheit, der Rechte am Arbeitsplatz und der grundlegenden Menschenrechte sicherstellen – einschließlich des Datenschutzes. Die S&D-Fraktion wird nicht zulassen, dass in der EU hart erarbeitete Sozial- und Umweltschutzstandards untergraben werden. Wir erwarten von jedem Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission, dass er sich verpflichtet, das Europäische Parlament umfassend und frühzeitig in alle Handelsverhandlungen einzubeziehen und sicherzustellen, dass die Ansichten der Bürger Gehör finden, sowie Informationen mit so Vielen wie möglich zu teilen (unter Wahrung der Vertraulichkeit, wenn dies für die Verhandlungsposition der EU erforderlich ist). Wir erwarten auch eine Verpflichtung, dass die EU nicht in Verfahren zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten einwilligt.

\*\*\*\*\*

Diese wenigen Veränderungen, insbesondere die Vorschläge zur Stärkung der Demokratie, sind nur ein Anfang. Wir sind nicht der Auffassung, dass sie als Reaktion auf all die Kritiker ausreichen, in deren Augen die Europäische Union bürgerfern ist oder nicht auf Außenstehende eingeht. Wir schlagen deswegen vor, dass das Europäische Parlament und der Europäische Rat dem neuen Präsidenten der Kommission ein Mandat erteilt, in Konsultationen mit dem Parlament und dem Rat eine Überprüfung der Demokratie und Transparenz in den EU-Organen einzuleiten, bei der nicht nur die Organe selbst, sondern einer Vielfalt an Stimmen – in und außerhalb von Brüssel – Gehör finden. Das Mandat muss gleichzeitig mit der Befugnis verknüpft sein, Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz und Verantwortlichkeit in den bestehenden EU-Verträgen zu unterbreiten.

20.06.2014, Brüssel